

Der lange Kampf der Crussower auf verlorenem Posten

Unter Rubrik „Unsere Umwelt“ am 11. April 2020 in der MOZ erschienen.
<https://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1796646/>
Mit OCR gescannt.

Eine Bürgerinitiative aus der Uckermark versucht seit zehn Jahren, neue Windräder zu verhindern. Tatsächlich wird ihr Dorf immer mehr von den Anlagen umzingelt. *Von Harriet Stürmer*

Niederlagen ist Rainer Ebeling inzwischen gewohnt. „Genau genommen haben wir in all den Jahren nichts erreicht. Und das

ist es auch, was mich persönlich so frustriert“, sagt der 59-Jährige. Ebeling ist Sprecher der Bürgerinitiative „Keine neuen Windräder für Crussow“. Zusammen mit etwa 30 Mitstreitern kämpft er seit nunmehr zehn Jahren gegen neue Windkraftanlagen, von denen es rund um sein Dorf aber nur mehr und mehr gibt.

Crussow ist Ortsteil des staatlich anerkannten Erholungsortes Angermünde (Uckermark) und liegt nah am Nationalpark Unteres Odertal. keine schlechten Voraussetzungen für ein beschaulich-ländliches, aber dennoch nicht abgeschiedenes Leben, möchte man meinen. Es gibt Kita und Sportplatz, ein Gemeinschaftshaus, einen Badesee um die Ecke und den Jugend-Ökohof. Dennoch verliert das Dorf Einwohner - das Wohlfühlbarometer sinkt ob der vielen Mühlen, die den 500-Seelen-Ort auf drei Windparks umzingeln.

Und es sollen weitere Räder hinzukommen. Der vor einigen Jahren festgesetzte Regionalplan weist rund um Angermünde ein Windeignungsgebiet von 360 Hektar aus. Bisher sind davon 160 Hektar bebaut. Neue Anlagen sind bereits genehmigt. Dagegen läuft ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Cottbus.

Gebracht hat es nicht

Bevor der Regionalplan von der Politik beschlossen wurde, wurden auch die Mitglieder der Crussower Bürgerinitiative gehört. „Wir konnten uns damals als beratendes Mitglied in der Regionalversammlung von Bürgermeister, Amtsdirektor und Kreistagsmitgliedern einbringen“, berichtet Rainer Ebeling. Dies sei ein Novum in Brandenburg gewesen. Gebracht habe es jedoch nichts. Keines der vorgebrachten Bedenken sei berücksichtigt worden, sagt Ebeling resigniert. Und auch der Widerspruch, den er einst gegen die Genehmigung neuer Räder auf dem nahe gelegenen Windfeld Welsow eingelegt hat, sei vom Landesumweltamt abgeschmettert worden. Rein rechtlich habe man keine Handhabe.

Wo man auch hinschaut - wenn neue Windräder aufgestellt werden sollen, gibt es Ärger - vor allem in Brandenburg. Rund 3900 Windräder stehen hier; in keinem Bundesland gibt es mehr Anlagen



Vor der Haustür: Rainer Ebeling, Sprecher der Bürgerinitiative in Crussow, steht mit einem Protestplakat gegen Windenergie auf einem Feld mit Windrädern.

pro Quadratkilometer Fläche. Entsprechend häufen sich die Klageverfahren.

„Landschaft ist ein Schutzgut“, mahnt Ebeling. Aber die Anlagen würden immer mehr schützenswerte Landschaft vereinnahmen. „Die Uckermark wirbt mit ihrem Naturtourismus. Und gleichzeitig stehen hier 800 Windkraftanlagen - die dichteste Bebauung in ganz Brandenburg. Das passt doch nicht zusammen“, kritisiert der Crussower. „Wir in Deutschland haben gar nicht den Platz für weitere zigtausend Anlagen.“ Zudem sei die Entsorgung ausgemusterter Rotorblätter überhaupt nicht geklärt. „Nach jetzigem Stand müssen bereits 90 000 Blätter beseitigt werden.“ Experten vermuten, dass ab 2021 zahlreiche Altanlagen zurückgebaut werden könnten. Ab diesem Jahr endet für alle Anlagen, die 20 Jahre oder älter sind, die Stromvergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Sorgen macht sich Ebeling auch um die Auswirkungen, die die Windräder auf die Tierwelt haben. Einige Vogelarten seien so stark von Kollisionen betroffen, dass von einer Gefährdung der heimischen Populationen ausgegangen werden müsse. Untersuchungen von Umweltschützern zeigen, dass insbesondere Mäusebussard, Rotmilan, Wiesenweihe und Seeadler in den Rotoren verunglücken. Zudem belegen neue Studien, dass Windräder auch Auswirkungen auf das lokale Klima haben. Sie würden die Luft

schichten verwirbeln und den Boden austrocknen.

Doch vor allem leidet der Mensch unter der wachsenden Zahl von Windkraftanlagen. Der massive Ausbau sei immer mehr zu einem Gesundheitsproblem geworden, sagt Ebeling. Vor allem Frequenzen im Infraschallbereich - unter 16 Hz - wirkten auf den Menschen und verursachten Schlafmangel, der zu einer

Der Landtag lehnt größere Mindestabstände für neue Anlagen zur nächsten Wohnbebauung ab.

Vielzahl von Gesundheitsschäden führen könne. Deshalb setzt sich die Bürgerinitiative für größere beziehungsweise höhenabhängige Abstände zu Wohngebieten ein. Aber auch hierbei stehen die Crussower auf verlorenem Posten. Der Brandenburger Landtag hat erst im Dezember mit der Mehrheit der rot-schwarz-grünen Koalition und der Linken größere Mindestabstände für neue Windkraftanlagen zur nächsten Wohnbebauung abgelehnt und sich auf einen Mindestabstand von 1000 statt 800 Metern geeinigt.

Die Freien Wähler hatten gefordert, dass der Mindestabstand der Windräder

das Zehnfache der Gesamthöhe betragen müsse. „In den Anfangsjahren hatten die Windräder eine Höhe von 70 bis 100 Meter“, sagt Fraktionschef Peter Vida. „Inzwischen sind die Anlagen 200 bis 240 Meter hoch.“ Dadurch erhöhe sich die Belastung der Anwohner durch Infraschall erheblich. Brandenburg habe mit rund 3900 Anlagen bereits die doppelte Dichte an Windrädern wie Dänemark, sagte Vida. Wenn die Landesregierung ihre Pläne umsetzt, müssten die Brandenburger den Bau von zwei- bis dreitausend weiteren Windrädern befürchten.

Neubau ins Stocken geraten

Tatsächlich war der Neubau von Windkraftanlagen im vergangenen Jahr in ganz Deutschland ins Stocken geraten. Indes sieht das Ausbauziel des Landes Brandenburg bis 2030 eine installierte Leistung von 10 500 Megawatt (MW) an Windenergie vor. Dem Landesverband Windenergie Berlin-Brandenburg zufolge wären dafür jährlich derzeit 318 MW zusätzliche Leistung notwendig. Im vergangenen Jahr wurden lediglich 201,3 MW zugebaut; das entspricht der Inbetriebnahme von 59 zusätzlichen Anlagen.

Für das laufende Jahr rechnet der Landesverband Windenergie wieder mit einem stärkeren Zubau neuer Anlagen. Demnach hätten im vergangenen Jahr 171 Anlagen bei Ausschreibungen den Zuschlag erhalten. „Im Schnitt können Windenergieanlagen 16 Monate nach Zuschlagserteilung in Betrieb gehen“, heißt es.

Windkraft ist ein wichtiger Bestandteil der Energiewende; für Ebeling aber eine Mogelpackung. Die Windkraft sei nicht konstant, sagt er. Starker Wind mache hohe Ausschläge. Aber der Wind wehe nicht immer. Und die Fehlzeiten müssten durch konventionelle Energiequellen ausgeglichen werden, weil es an Langzeitspeichern fehle. Eine dauerhafte und zuverlässige Versorgung könne durch die Windenergie nicht gewährleistet werden. „Wir müssen forschen, forschen, forschen, um wirksame Alternativen zu finden“, fordert Ebeling. Technologien wie Wind- oder Solarenergie funktionierten ohne Langzeitspeicher nicht, hätten eine geringe Energiedichte und schädeten überdies der Umwelt. Energiegewinnung aus Kernfusion könnte womöglich eine Alternative sein, meint der Windenergie-Gegner. „Anstatt die Energiewende 2030 zu forcieren, sollte die Politik eher zur Energiewende 2.0 mit anderen Prämissen aufrufen.“